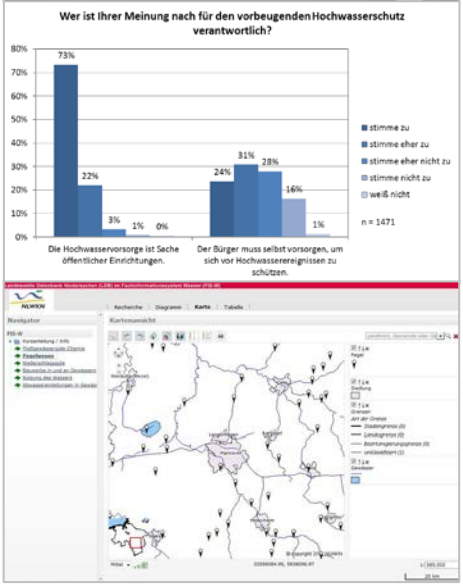
Informationsdienst Gewässerkunde | Flussgebietsmanagement 2/2013

Niedersächsischer Landesbetrieb für
Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz



Online-Umfrage zum Thema Hochwasser in Niedersachsen

Hochwasserrisiken bewältigen – Information und Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Landesdatenbank – Wasserdaten für Land und Leute

Niedersachsen

Online-Umfrage zum Thema Hochwasser in Niedersachsen: „Bürger mit ins Boot holen – aber wie?“

In der Hochwasservorsorge ist es wichtig, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für Hochwasserrisiken und die damit verbundene Bereitschaft zur Eigenvorsorge und Beteiligung zu stärken. Um ein Meinungsbild und den Informationsbedarf der BürgerInnen Niedersachsens zu erhalten, hat der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) eine Online-Bürgerbefragung „Bürger mit ins Boot holen – aber wie?" durchgeführt.

Von Corinna Forberg, Britta Restemeyer, Agnes Haas, Markus Anhalt und
Prof. Dr. Joseph Hölscher, NLWKN Betriebsstelle Hannover-Hildesheim

Inhalt

Online-Umfrage zum Thema Hochwasser in Niedersachsen: „Bürger mit ins Boot holen – aber wie?“ S. 2

Hochwasserrisiken bewältigen – Information und Beteiligung der Öffentlichkeit S. 5

Landesdatenbank – Wasserdaten für Land und Leute S. 9

Im Rahmen des Forschungsverbunds KLIFF („Klimafolgenforschung in Niedersachsen“) setzt sich der NLWKN mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Binnengewässer auseinander und sucht gezielt nach Verbesserungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Risikokommunikation in Niedersachsen.

Eine frühzeitige Einbindung des Bürgers führt zur Akzeptanzsteigerung von Hochwasserschutzmaßnahmen und somit zur Minimierung von Konflikten. Die dafür notwendige Risikokommunikation wird in Deutschland aber immer noch oft vernachlässigt.

Für die Verbesserung von Kommunikationsmöglichkeiten, wurde zunächst der aktuelle Informationsstand und -bedarf zum Thema Hochwasserrisiko mittels einer Expertenumfrage und einer Online-Bürgerbefragung in Niedersachen ermittelt. Der Online-Bürgerbefragung gingen umfangreiche Experteninterviews mit unterschiedlichen Akteursgruppen des Hochwasserschutzes im Aller-Leine-Oker-Gebiet voraus. Die Interviews haben aufgezeigt, dass auch in Niedersachsen noch Bedarf an effektiven Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten zum Thema Hochwasserrisiko der Bürger besteht.

Das Ergebnis der Bürgerbefragung zeigt ebenfalls einen erhöhten Optimierungsbedarf des Informations- und Partizipationsangebotes in Niedersachsen auf. Viele Bürger fühlen sich noch nicht ausreichend informiert und gerade potentiell von Hochwasser Betroffene möchten stärker beteiligt werden.

Auf Grundlage der Ergebnisse wurden Empfehlungen erarbeitet, wie das Informations- und Beteiligungsangebot in Niedersachsen verbessert werden kann (siehe Artikel „Hochwasserrisiken bewältigen“). Zudem sind die Ergebnisse eine Basis für die Konzeptionierung einer internetbasierten Informations- und Kommunikationsplattform zum Thema Klimawandel und Hochwasserrisiko.

Teilnehmerkreis

Insgesamt haben 1.763 Personen an der Online-Befragung teilgenommen, von denen 1.368 den Fragebogen vollständig ausgefüllt haben. Die Altersverteilung ist relativ gleichmäßig. Lediglich der Anteil der unter 20-Jährigen ist sehr gering (siehe Abbildung 1). Der Anteil über 60-Jähriger ist hingegen überraschend hoch. Es handelt sich um einen gut gebildeten Teilnehmerkreis, von dem knapp die Hälfte auch fachlich informiert ist. 43 % der Befragten geben an, beruflich mit dem Thema Hochwasser zu tun zu haben.

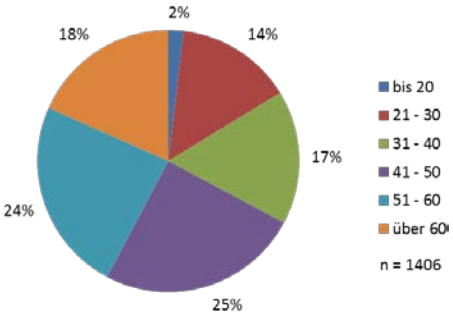


Abbildung 1: Altersverteilung der Teilnehmer der Online-Bürgerbefragung (NLWKN 2012)

Informations- und Partizipationsbedarf
Knapp die Hälfte der Befragten (48 %) gibt an, dass sie sich bisher nicht ausreichend über Hochwasserrisiken informiert fühlt. Ein deutlich höherer Informationsbedarf (72 %) ist bei denjenigen zu erkennen, die das Hochwasserrisiko in Ihrem Wohnort als sehr hoch einschätzen. Der Informationsbedarf nimmt mit Abnahme des persönlichen Betroffenheitsgefühls stark ab (siehe Abbildung 2). Dennoch ist erstaunlich, dass sogar knapp ein Drittel (32 %) derjenigen, die kein Risiko an ihrem Wohnort sehen, sich nicht ausreichend informiert fühlt.
Der Partizipationsbedarf ist insgesamt geringer. Nur 32 % der Befragten wünschen sich mehr Möglichkeiten, sich in den Hochwasserschutz ihrer zuständigen öffentlichen Einrichtung einzubringen.

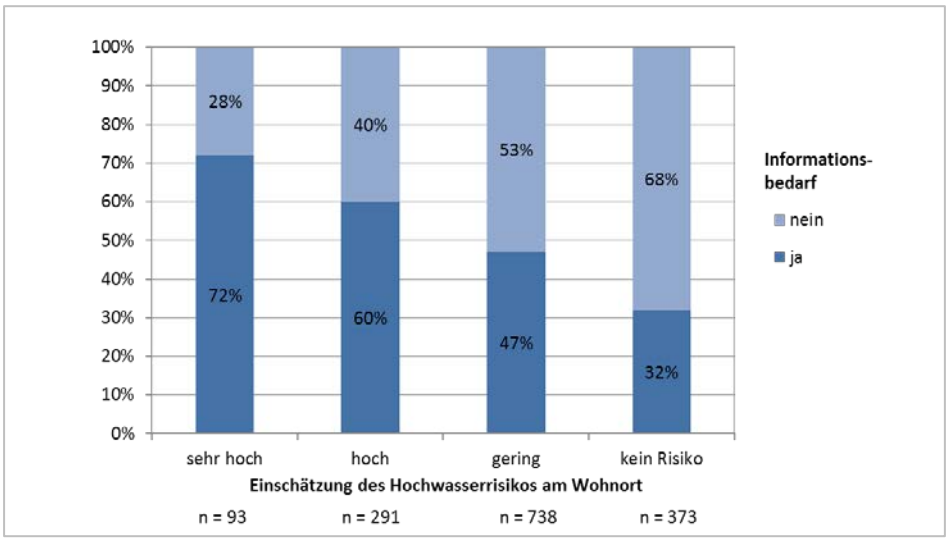


Abbildung 2: Übersicht über den Informationsbedarf in Abhängigkeit der Einschätzung des Hochwasserrisikos am Wohnort.

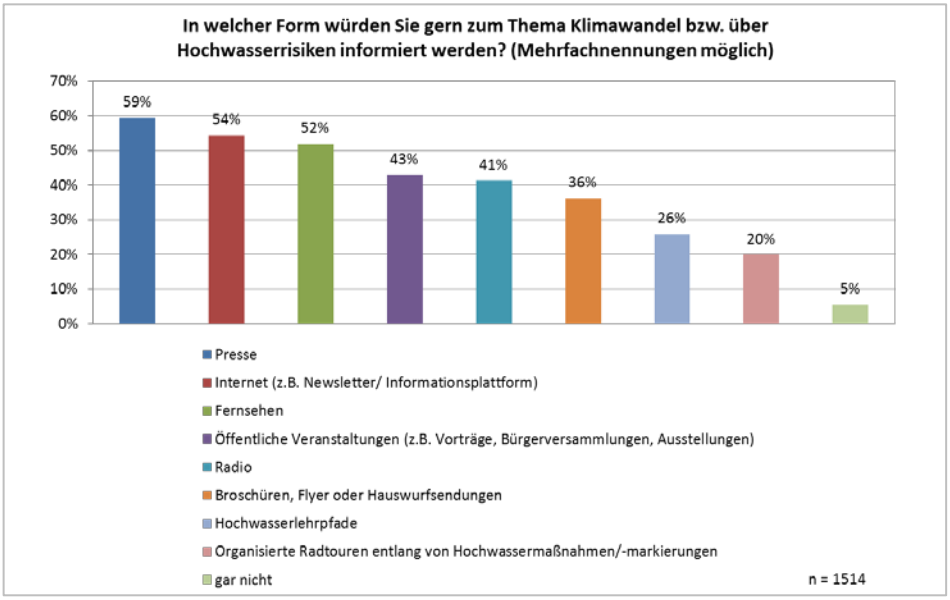


Abbildung 3: Übersicht der gewünschten Art der Information.

Gewünschte Art der Information
Die Befragten möchten insbesondere über die Medien informiert werden: Presse, Internet und Fernsehen schneiden mit Abstand am besten ab. Broschüren, Flyer oder Hauswurfsendungen werden hingegen nur von gut einem Drittel gewünscht (siehe Abbildung 3). Auffällig ist, dass interaktive Informationsangebote wie Hochwasserlehrpfade oder organisierte Radtouren deutlich weniger Zustimmung erhalten als die anderen Informationskanäle, bei denen der Informierte in einer passiven Rolle bleibt. Wertet man die gewünschten Informationskanäle nach Altersklassen aus, zeichnet sich in allen Klassen ein ähnliches Bild ab. Auch die Einrichtung einer Internetplattform zur Information und Kommunikation wird von den Teilnehmern begrüßt: Über 80 % geben an, dass sie eine solche Plattform nutzen würden.

Bevorzugte Beteiligungsarten
Von den vorgeschlagenen Beteiligungsverfahren bevorzugen die meisten Teilnehmer von öffentlichen Einrichtungen ausgerichtete Veranstaltungen mit einem eher informativen Charakter wie öffentliche Anhörungen oder Erörterungstermine (siehe Abbildung 4). Beteiligungsarten wie Mitarbeit in Bürgerinitiativen und ehrenamtliches Engagement in Hochwasserpartnerschaften, die ein stärkeres aktives Engagement des Bürgers erfordern, schneiden schlechter ab. Immerhin zeigt dennoch fast ein Drittel der Befragten auch an diesen Beteiligungsmöglichkeiten Interesse.

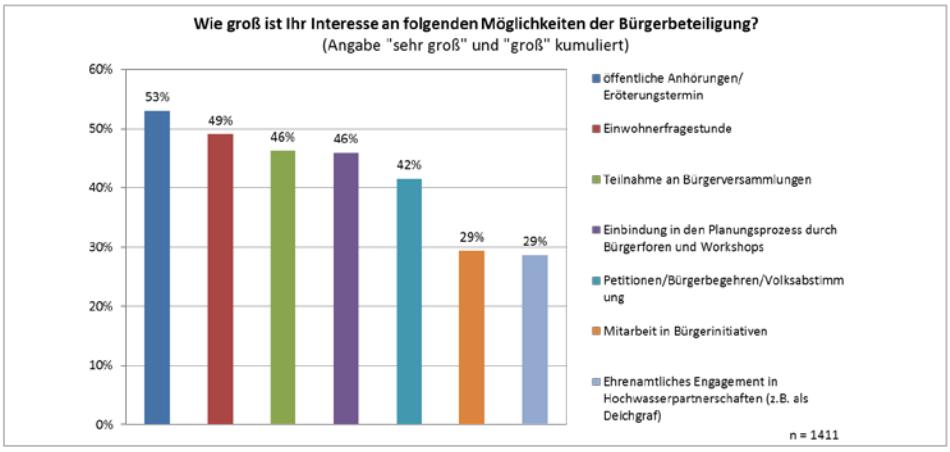


Abbildung 4: Darstellung der gewünschten Beteiligungsmöglichkeiten.

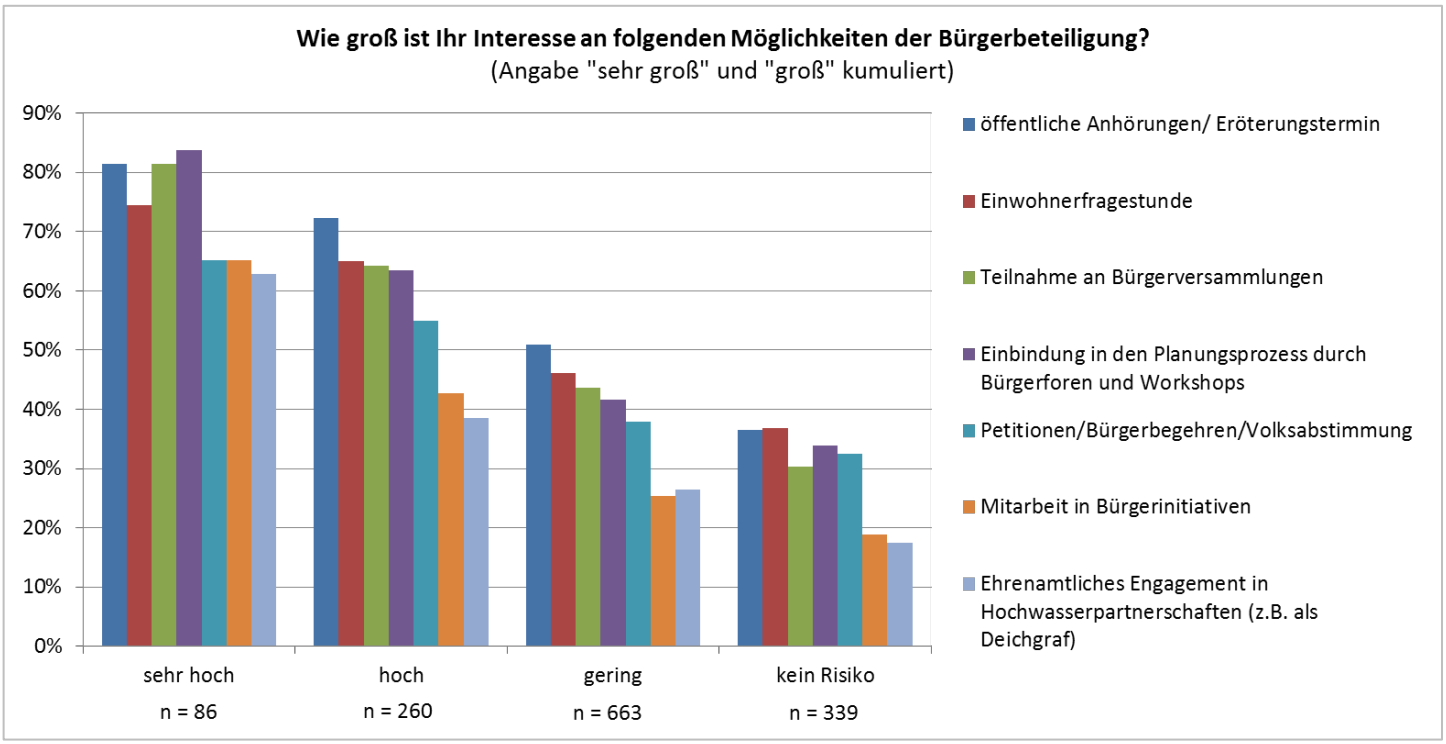


Abbildung 5: Ergebnisse zu den gewünschten Beteiligungsarten je nach persönlicher Einschätzung des lokalen Hochwasserrisikos.

Ein starkes Gefälle zeigt sich, wenn man die gewünschten Beteiligungsarten nach der persönlichen Einschätzung des lokalen Hochwasserrisikos auswertet (siehe Abbildung 5). Das Interesse an den Beteiligungsverfahren steigt deutlich mit dem Betroffenheitsgefühl. Außerdem fällt auf, dass die Einbindung in den Planungsprozess durch Bürgerforen und Workshops vor allem von denjenigen favorisiert wird, die das Hochwasserrisiko an ihrem Wohnort als „sehr hoch“ oder „hoch“ einschätzen. In der persönlichen Einschätzungskategorie „sehr hohes Risiko am Wohnort“ ist die Mehrheit (über 60 %) sogar bereit, sich aktiv in Bürgerinitiativen oder Hochwasserpartnerschaften zu engagieren.

Fazit

Die Umfrage macht deutlich, dass der Informations- und Partizipationsbedarf vor allem bei den Bürgern groß ist, die sich von Hochwasser betroffen fühlen. Ein besonderes Augenmerk ist daher auf potentiell gefährdete Gebiete zu legen. Zusätzlich ist ein genereller Informationsbedarf erkennbar: Jeder Dritte wünscht sich mehr Informationen, obwohl er glaubt in einem nicht gefährdeten Gebiet zu wohnen.

Zur Deckung dieses allgemeinen Informationsbedarfs können vor allem regionale und überregionale Medien (Presse, Internet, Fernsehen) herangezogen werden, da sie einen hohen Stellenwert bei allen Befragten genießen und somit geeignet sind, die breite Masse der Bevölkerung zu erreichen.

Aus der Umfrage lässt sich folgern, dass sich die Befragten möglichst auf ihre Situation vor Ort zugeschnittene Informationen wünschen.
Partizipationsverfahren wie Workshops und Bürgerforen sind insbesondere in betroffenen Gebieten gewünscht und zu verbessern. Die Umfrage zeigt, dass ein großes Potential bezüglich der Beteiligung in der Bevölkerung steckt. So ist die Mehrheit derjenigen, die sich gefährdet fühlen, an ehrenamtlichen Engagements interessiert. Um auch das Interesse jüngerer Menschen an Beteiligungsverfahren zu stärken, sollte eine Integration in der Schulbildung stattfinden.

Anmerkung

Eine vergleichbare Studie wurde in dieser Form noch nicht in Niedersachsen durchgeführt. Die Ergebnisse geben eine Hilfestellung für Kommunen und das Land Niedersachsen, wie die Kommunikation im Hochwasserrisikomanagement optimiert werden kann. Eine Online-Befragung dieser Art kann allein aufgrund der Selbstselektion des Teilnehmers nicht repräsentativ sein. Dennoch ließ die Umfrage durch die hohe Teilnehmerzahl und die relativ gleichmäßige Altersverteilung Rückschlüsse auf ein Meinungsbild der niedersächsischen Bevölkerung zu.

Hier wurden nur Teilergebnisse der Umfrage vorgestellt. Die gesamten Ergebnisse sind veröffentlicht unter:
www.nlwkn.niedersachsen.de
▸ Hochwasser- & Küstenschutz ▸ Hochwasserschutz ▸ Online-Befragung

Informationen zu Inhalten und Ergebnissen des Forschungsverbunds KLIFF und des Projektes KLIFWA sind veröffentlicht unter:
www.kliff-niedersachsen.de
www.iww.uni-hannover.de/KLIFWA

Hochwasserrisiken bewältigen – Information und Beteiligung der Öffentlichkeit

Die voran beschriebenen Ergebnisse der Online-Bürgerumfrage lassen einen hohen Bedarf an Informationen über Hochwasserrisiken erkennen. Von den 1.763 Befragten gaben 48 % an, bisher nicht ausreichend über Hochwasserrisiken informiert worden zu sein. Davon schätzen sogar 72 % das Hochwasserrisiko am Wohnort sehr hoch ein. Ziel muss es schließlich sein, auf die Ergebnisse zu reagieren und die Öffentlichkeit angepasst auf den Bedarf und die örtlichen Gegebenheiten über Hochwasserrisiken zu informieren und zu sensiblisieren. Um dabei die Akteure im Hochwasserschutz (zum Beispiel die Kommunen) zu unterstützen, hat der NLWKN eine Broschüre mit Empfehlungen zu Maßnahmen und Handlungsstrategien erarbeitet und als Handweiser im Internet veröffentlicht.

Von Corinna Forberg, Birgit Gerkensmeier, Agnes Haas, Markus Anhalt und Prof. Dr. Joseph Hölscher, NLWKN Betriebsstelle Hannover-Hildesheim

Bei den Kommunen liegt die Zuständigkeit für den Hochwasserschutz im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge (vergleiche § 2 Abs. 2 NKomVG). Hochwasserschutz bedeutet neben dem technischen Schutz und der Gefahrenabwehr vor allem die Bevölkerung für Hochwasserrisiken zu sensibilisieren. Geschieht dies erfolgreich, wird die Grundlage für den weiterführenden Schritt der aktiven Beteiligung der Bevölkerung an Hochwasservorsorgemaßnahmen geschaffen.
Die Beteiligung (Partizipation) der Bevölkerung ist ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Umsetzung einer Hochwasserschutzmaßnahme. Bei eigener Betroffenheit durch ein vorangegangenes Hochwasserereignis ist die Beteiligung der Bürger besonders intensiv.

Die Abbildung 1 zeigt einen Auszug der Ergebnisse der Online-Bürgerumfrage. Innerhalb dieser Umfrage konnte ebenfalls gezeigt werden, dass die Hochwassererfahrung betroffener Bürger zu einer Sensibilisierung und damit der erhöhten Wahrnehmung und Einschätzung des Hochwasserrisikos am eigenen Wohnort führt.
Die persönliche Betroffenheit der Menschen spielt somit eine entscheidende Rolle für die Sensibilisierung und Partizipation der Bevölkerung.

Helfer im Hochwassergeschehen in Dannenberg, 2007

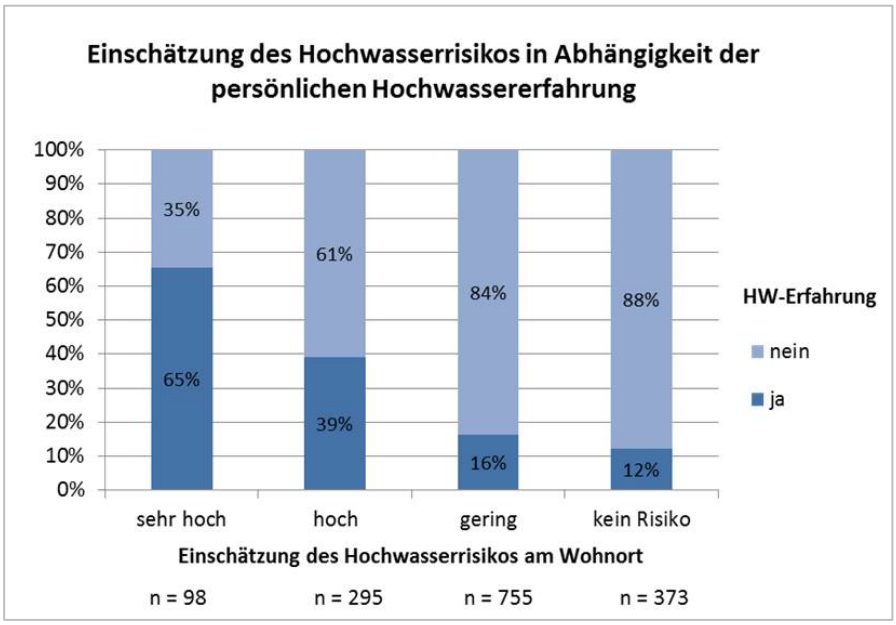


Abbildung 1: Abhängigkeit der Einschätzung des Hochwasserrisikos am Wohnort von der Hochwassererfahrung (Hochwasserbewusstsein); Ergebnisse der Online-Umfrage „Bürger mit ins Boot holen – aber wie?“ (NLWKN 2012)

Es muss jedoch Ziel sein, die gesamte in hochwassergefährdeten Gebieten lebende Bevölkerung gegenüber den bestehenden Hochwasserrisiken zu sensibilisieren. Sind keine Erfahrungen mit Hochwasser und kein persönliches Interesse an dieser Thematik vorhanden, können diese Bürger zumeist schwerer erreicht werden, als hochwassererfahrene Bürger.

Die zunehmende Gefährdung besiedelter Gebiete durch Hochwasserereignisse fordert mehr denn je ein gemeinsames Handeln aller Beteiligten. Sowohl die Vorsorgemaßnahmen des Staates als auch das eigenverantwortliche Handeln der Bevölkerung müssen dabei zusammen wirken.
Mit der Umsetzung der im Folgenden aufgeführten Maßnahmen gilt es, die Sensibilisierungsarbeit voranzubringen.

Vorteile und Grenzen bei Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen
Die Durchführung von Beteiligungsmaßnahmen kann den Austausch zwischen den Parteien fördern, Verständnis schaffen und helfen Konflikte zu bewältigen bzw. zu verhindern. In Anlehnung an die Darstellung des BVMIT (2008) sowie der ÖGUT (2003, 2004a, 2004b) werden die folgenden Vorteile genannt, die eine Durchführung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen in Bezug auf das Hochwasserrisiko bieten.

Eine erfolgreiche Durchführung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen erfordert zumeist eine intensive Planung und bisweilen auch Erfahrung. Auch auf mögliche Probleme, die bei Bekanntsein möglicherweise gleich zu Beginn umgangen oder vermieden werden können, wird aufmerksam gemacht.

Vorteile für den Bürger:

- Mitbestimmung und Mitwirkung bei der Umsetzung und Gestaltung des Hochwasserschutzes in der Region
- Einbringen von eigenen Interessen und Argumenten
- Detailliertere und aktuellere Information und Einblick in politische Entscheidungsprozesse
- Verständnis bzw. Nachvollziehbarkeit der unterschiedlichen Standpunkte für alle Beteiligten; sie ermöglichen eine sachliche, lösungsorientierte Diskussion

Vorteile für die wasserwirtschaftliche Praxis und Verwaltung (zum Beispiel Kommune):

- Verringerung der Einsprüche und nachträglichen Beschwerden bei umzusetzenden Hochwasserschutzmaßnahmen. Daraus resultierend auch eine tendenziell schnellere Verfahrensabwicklung und -umsetzung
- Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit
- Imageverbesserung der Behörde oder Einrichtung in der Öffentlichkeit möglich
- Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung bzw. verschiedener Bevölkerungsgruppen können deutlicher erkannt werden. Dieses Wissen ermöglicht es, diese Haltungen bei weiteren Prozessen zu bedenken und berücksichtigen
- Kontakte und Kooperationen zu beteiligten Organisationen und Vereinen können geknüpft und für weitere Zusammenarbeit ausgebaut werden

Mögliche Gründe für Grenzen bei Informations- und Beteiligungsmaßnahmen:

- Organisierte Interessensgruppen (zum Beispiel Verbände etc.) können im Gegensatz zu weniger gut organisierten Akteuren zum Ungleichgewicht der Interessen führen
- Ausgewogenheit unter den Vertretern muss geschaffen werden
- Zeitmangel der Interessensvertreter kann als Hemmnis gegen eine Teilnahme oder Auseinandersetzung mit einem Thema erscheinen
- Beachtung einer klar erkennbaren und kommunizierten Planung (zeitliche, inhaltliche und organisatorische Planung, Zielsetzung, Rollenverteilung, Rahmen und Ort der Treffen etc.)
- Erfragung der Konsensbereitschaft vor dem Verfahren, um Pattsituationen zu vermeiden

Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen unterscheiden sich in ihrer Methodik, den teilnehmenden Akteuren, der Durchführungsdauer der Maßnahme, des zeitlichen Aufwandes für die gesamte Maßnahme sowie in vielen weiteren Punkten. Trotz dieser Unterschiede können folgende Verfahrensschritte herausgestellt werden, die grundlegend für Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung sind (siehe Abbildung 2).
Dabei erfordern Sensibilisierungsmaßnahmen in der Regel eine geringere aktive Beteiligung der Öffentlichkeit als Partizipationsmaßnahmen.

(I) Im ersten Verfahrensschritt der „Analyse und Auswahl“ sollten sowohl das Ziel als auch die einzubeziehenden Akteure definiert bzw. ermittelt werden.

(II) Im zweiten Verfahrensschritt der „Planung und Durchführung“ *ist* zunächst die Auswahl der Teilnehmer aus den jeweiligen Akteursgruppen entscheidend (beispielsweise durch Los- oder Zufallsauswahlen, öffentliche Aufrufe und Ansprachen, direkte Benennung).
Durch einen Zeit- und Ablaufplan wird die Durchführung der Maßnahme strukturiert und übersichtlich. Es ist zudem ratsam, die Akteure über den Ablaufplan zu informieren, je nach Bedarf einen Prozessbegleiter und Mediator zu benennen sowie die Öffentlichkeitsarbeit einzuplanen.

(III) *Während des* ***dritten Verfahrensschrittes der „Umsetzung und Auswertung“*** sollten am Ende der Maßnahme die Ergebnisse schriftlich zusammengestellt werden. Für eine mögliche Umsetzung in planerische, politische Entscheidungen kann die Benennung eines Sprechers oder Ansprechpartners, der die Ergebnisse weiter kommuniziert und begleitet, vorgenommen werden.

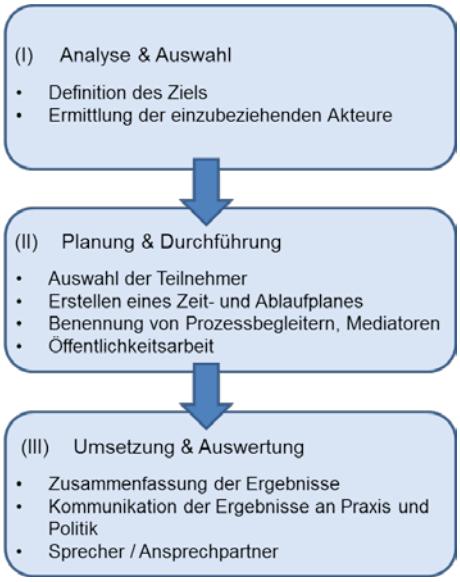


Abbildung 2: Verfahrensschritte zur Planung eines Beteiligungsverfahrens (Nach Benighaus/Kastenholz 2003 und Benighaus et al. 2005, erweitert)

Anpassung der Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf zukünftige Veränderungen zum Beispiel Klimawandel

Bei der Hochwassersensibilisierung handelt es sich um eine langfristige Aufgabe. Zukünftig müssen potentiell mögliche Änderungen während eines Hochwassers in Betracht gezogen und damit auch zu einer Anpassung der Sensibilisierungsarbeit sowie der Hochwasserschutzmaßnahmen und -konzepte führen.

Aus der Online-Bürgerbefragung ging hervor, dass bereits von 50 % der Befragten erste Anzeichen des Klimawandels wahrgenommen werden und es ein wichtig zu kommunizierendes Thema ist. Die Mehrheit der Befragten aus der Online-Bürgerbefragung (60 %) sieht bereits einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Hochwasserrisiko in der eigenen Region, wenn auch überwiegend nur einen geringen (39 %) (siehe Abbildung 3). Die nicht wissenschaftliche Belegung dieses Trends sollte bei der Kommunikation beider Themen berücksichtigt werden. Das Ergebnis der Umfrage bildet bereits eine gute Grundlage für die Akzeptanz wasserwirtschaftlicher Projekte, die auch Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigen.

Die Auswirkungen von Klimaänderungen auf die Umwelt sind in vielen Fällen heute für die Bevölkerung (noch) nicht spürbar. Es ist daher umso wichtiger die Bürger über die möglichen Folgen des Klimawandels zu informieren.
Die Wahrnehmung des Klimawandels wird zum größten Teil durch die Medien in Form von Internet, Fernsehen und Radio beeinflusst. Die „modernen“ Medien sind somit auch die gewünschten Informationsdienste der befragten Bürger.

Klimafolgenforschung in Niedersachsen: Projekte KLIFWA / KliBiW

Erkenntnisse über die regionale Auswirkung des Klimawandels in Niedersachsen werden unter anderem im Forschungsverbund KLIFF (Klimafolgenforschung in Niedersachsen) sowie im Projekt KliBiW (Globaler Klimawandel - Wasserwirtschaftlicher Folgenabschätzung für das Binnenland) untersucht.

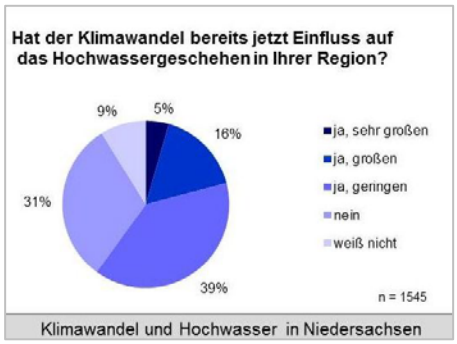


Abbildung 3: Wahrnehmung vom Einfluss des Klimawandels auf das Hochwassergeschehen

KLIFF wird gefördert durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur. Innerhalb von KLIFF untersucht das Projekt KLIFWA in einer Kooperation aus Universitäten (Braunschweig, Hannover, Göttingen), Fachanwendern (Harzwasserwerke, Ingenieurbüro) und der Fachbehörde NLWKN die „Auswirkungen von Klimaänderungen auf Wasserdargebot, Hochwasserrisiko und Gewässerbelastung in Niedersachsen“.

Im Rahmen des Projektes wurden die Befragungen durchgeführt und der Maßnahmenkatalog erarbeitet. Weiterhin wird basierend auf den Befragungsergebnissen ein Informations- und Kommunikationsangebot für einen Internetauftritt entwickelt.

Das Projekt KliBiW untersucht die Auswirkungen des Klimawandels auf Hoch- und Niedrigwasserverhältnisse. Im Besonderen sollen mit diesen Erkenntnissen die fachlichen Kompetenzen des NLWKN im Bereich Klimawandel und Klimaforschung ausgebaut werden. Den Schwerpunkt bildet die Anwendung etablierter wissenschaftlicher Methoden, die in die fachliche Praxis übertragen werden und so unter anderem das Methodenspektrum des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) erweitern.

Weitere Informationen zu den Projekten KLIFF, KLIFWA und KliBiW finden Sie unter:
http://www.iww.uni-hannover.de/KLIFWA
http://www.kliff-niedersachsen.de
http://www.nlwkn.niedersachsen.de
▸ Wasserwirtschaft ▸ Sonderthemen ▸ Klimawandel

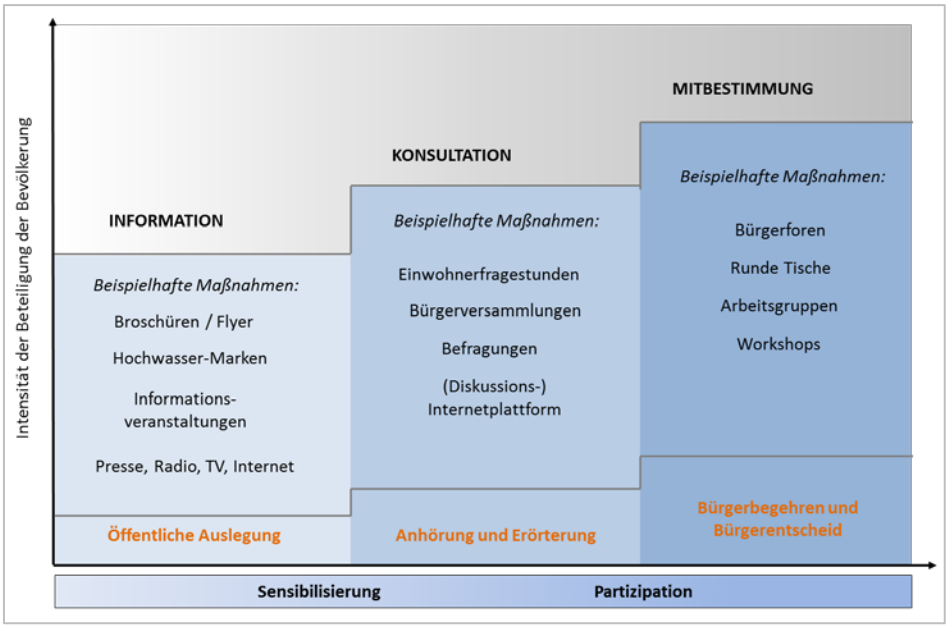


Abbildung 4: Überblick über Informations- und Beteiligungsmethoden in Abhängigkeit von der Intensität der Beteiligung der Bevölkerung (Beispielhafte Maßnahmen: schwarz, nicht fett = informale Methode; orange = formale Methode)

Information und Beteiligung in verschiedenen Stufen
Sensibilisierungs- und Partizipationsmethoden können sich in ihrem Arbeitsaufwand und in den Ergebnissen für die Akteure stark unterscheiden.
Grundsätzlich können die hier vorgestellten Maßnahmen in Hinblick auf die Intensität innerhalb des Beteiligungsprozesses in Information, Konsultation und Mitbestimmung unterteilt werden (siehe Abbildung 4).

Darüber hinaus werden in den unterschiedlichen Beteiligungskategorien **formale** (gesetzlich geforderte) und **informale Verfahren** unterschieden.
Die Ergebnisse der formalen Verfahren finden meist in Form einer behördlichen (zum Beispiel Bescheid) oder politischen (zum Beispiel Gemeinderatsbeschluss) Entscheidung statt. Die Durchführung informaler Verfahren beruht auf Freiwilligkeit.
Zumeist haben die Ergebnisse der informalen Verfahren einen beratenden, empfehlenden Charakter und unterstützen so die Entscheidungs- und Lösungsfindung innerhalb der laufenden Projektentscheidungen (BMVIT 2008).

Praktische Hinweise zur Umsetzung von Sensibilisierungs- und Partizipationsmaßnahmen
Das Thema Hochwasserrisiko unterliegt starken Schwankungen. Unmittelbar nach einem Hochwasserereignis ist die Wahrnehmung für ein Hochwasserrisiko, die Bereitschaft zum Handeln und auch das Bereitstellen von Sach- und Finanzleistungen hoch. Um die Brisanz des Themas auch längere Zeit nach einem Hochwasser aufrecht zu erhalten, sollen praktische Hinweise helfen, Maßnahmen möglichst effektiv und nachhaltig um- und einzusetzen.

- Rechtzeitige Ankündigung und Bewerbung der Maßnahmen
- Übersichtliche, einheitliche Darstellung/Layout von Informationsmaterial, bewusstseinsfördernde Verwendung von Bildern, klare Sprache, Kartenmaterial (siehe Abbildung 5)
- Bedeutung der Medien als Informationskanal (steigender Trend zu Rundfunk, TV, Presse, Internet)
- Inhaltliche Hinweise (einprägsame Texte, persönliche Betroffenheit ansprechen beispielsweise Nennung markanter Zahlen)
- gesellschaftliche Veränderungen (beispielsweise zunehmende Alterung der Gesellschaft, Zunahme verschiedener Kulturen – verschiedensprachige Informationen anbieten) beachten

Weitere Maßnahmen, die in der binnenwasserwirtschaftlichen Praxis Anwendung finden können, finden Sie in der umfassenden Broschüren „Hochwasserrisiken bewältigen – Information und Beteiligung der Öffentlichkeit“ unter:
www.nlwkn.niedersachsen.de
▸ Wasserwirtschaft ▸ EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie ▸ Öffentlichkeitsbeteiligung ▸ Informationsveranstaltungen

Erhöhung des Erfolgs von Beteiligungsmaßnahmen
Der Erfolg der Beteiligungsmaßnahmen steht und fällt mit der Berücksichtigung der erarbeiteten Ergebnisse in den politischen bzw. praktischen Umsetzungen. Die erfolgreiche Übertragung der Ergebnisse fördert die Kommunikation zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung. Eine Verbesserung wird zudem erreicht, wenn sich Beteiligungsmaßnahmen zu einer häufig angewendeten Maßnahme bei wichtigen Prozessen entwickeln (Baumann et al. 2004).

Literatur
Baumann, F., Detlefsen, M., Iversen, S., Vogelsang, L., 2004. Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. Veränderte Rahmenbedingungen, Praktiken und deren Auswirkungen. Erstellt im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Benighaus, C., Oppermann, B., Renn, O., 2005. Partizipative Verfahren in der kommunalen Planung. In: Handbuch der Nachhaltigkeitskommunikation: Grundlagen und Praxis. Oekom.-Verlag, München, S. 698-708

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), Wien; Abteilung Bundeswasser-straßen, 2008. FloodRisk II Vertiefung und Vernetzung zukunftsweisender Umsetzungsstrategien zum integrierten Hochwasserschutz Leitfaden: Öffentlichkeitsbeteiligung im Hochwasserschutz, Wien.

ÖGUT, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, Strategiegruppe Partizipation 2003, 2004a, 2004b. Arbeitsblätter zur Partizipation 1, 2, 3. Checklisten für Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien partizipativer Verfahren im öffentlichen Bereich. Wien. Abruf unter: http://www.partizipation.at

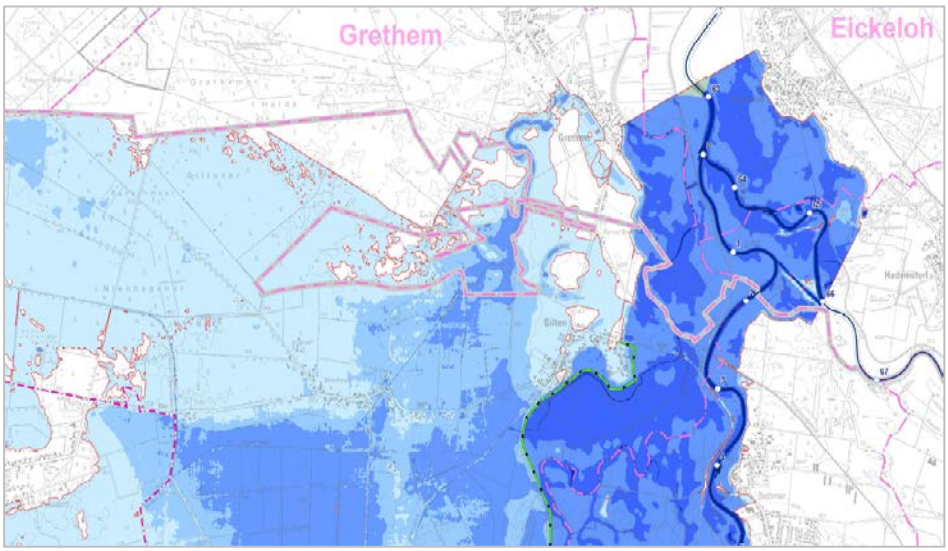


Abbildung 5: Ausschnitt aus einer Hochwassergefahrenkarte der Leine (HQ 100). Blau markierte Flächen sind Überschwemmungsgebiete.

Die Landesdatenbank – Wasserdaten für Land und Leute

Die Landesweite Datenbank (LDB) ist ein Datenpool und Auswertetool für alle relevanten wasserwirtschaftlichen Daten des Landes Niedersachsen. Sie wurde für zwei Gruppen von Anwendern entwickelt: Kommunen, Landkreise und Landesämter haben Zugriff über das Behördennetz, die BürgerInnen über ein separates Internetportal.

Von Agnes Haas, NLWKN Betriebsstelle Hannover-Hildesheim

Das deutsche Umweltinformationsgesetz (UIG) fordert den freien öffentlichen Zugang zu Umweltinformationen bei informationspflichtigen Stellen des Bundes und durch die Umsetzung in die Landesgesetzgebung auch bei Landeseinrichtungen.

Seit einigen Jahren zeichnet sich aber auch in der Bevölkerung immer deutlicher der Wunsch nach mehr Information und der Möglichkeit zur aktiven Beteiligung und Mitgestaltung bei umweltrelevanten Fragestellungen und Planungen ab.
So hat die Online-Umfrage des NLWKN „Bürger mit ins Boot holen – aber wie?“ zum Thema Hochwasser in Niedersachsen unter anderem ergeben, dass fast die Hälfte der Befragten sich nicht ausreichend über die Hochwasserrisiken informiert fühlt (siehe Seite 2ff). Besonders stark ausgeprägt ist der Informationsbedarf bei den potenziell vom Hochwasser Betroffenen (72 % der Befragten). Aber selbst bei denjenigen, die laut Umfrage kein Hochwasserrisiko an ihrem Wohnort sehen, fühlt sich knapp ein Drittel nicht ausreichend informiert.

Landesdatenbank

Sensibilisierung als auch Partizipation benötigen neben der Bereitschaft zur aktiven Beteiligung auch fachliches Hintergrundwissen. Im Falle einer Sensibilisierung für wasserwirtschaftliche Belange wie zum Beispiel im Hochwassermanagement spielt die Bereitstellung von aktuellen Daten somit eine große Rolle.

Der NLWKN stellt diese Daten für den jeweiligen Anwendungsbezug zur Verfügung. So werden zum Beispiel auf der Pegelonline-Website von Niedersachsen aktuelle Pegelstände bereitgestellt. Diese sind vor allem bei einer akuten Hochwassersituation von Belang. Die Landesdatenbank (LDB) hingegen enthält alle relevanten wasserwirtschaftlichen Daten Niedersachsens als Langzeitarchiv. Sie ist Informationsquelle (Datenpool) und Auswertetool für historische und aktuelle Daten in einem: Mithilfe eines Abfragefilters können Wasserdaten je nach individueller Fragestellung recherchiert und themen- oder gebietsbezogen zusammengestellt werden (siehe Abbildung 1). Die Daten lassen sich anschließend komfortabel als Karte, Tabelle oder Diagramm darstellen. Anschließend können die Ergebnisse exportiert und weiterverarbeitet werden.

Um den unterschiedlichen Anforderungen der Anwender gerecht zu werden, bietet der NLWKN zwei verschiedene Portale an: eins für Fachanwender wie Kommunen, Landkreise und Landeseinrichtungen, die über das Intranet auf die Datenbank zugreifen, das andere als Internetanwendung für die Öffentlichkeit.

Fachdaten im Behördennetz

Die LDB ermöglicht das behördenübergreifende Recherchieren, Auswählen, Verknüpfen und Analysieren von umfangreichen Fachdaten. Diese können anhand von Tabellen, Diagrammen, Karten und vorgefertigten Reports schnell und flexibel ausgewertet und weiterverarbeitet werden. Durch die bewusst gewählte Philosophie des themenübergreifenden Datenpools erlaubt die LDB eine anwendungsorientierte Auswertung konsistenter Daten mit nur einem einzigen Werkzeug. Dieses Werkzeug steht allen Behördenmitarbeitern via Intra- bzw. Internet zur Verfügung und ermöglicht standardisierte Auswertungen, sowohl regional als auch landesweit.

Der passwort-gesteuerte Zugang erfolgt internetbasiert unter

http://intra.cadenza.niedersachsen.de

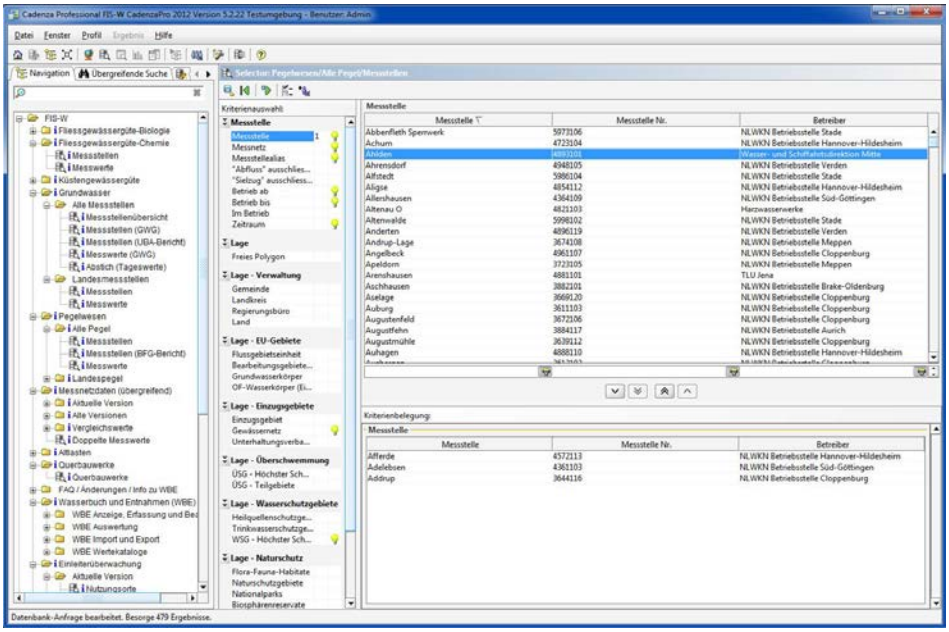


Abbildung 1: Abfrageoberfläche der LDB (landesweites Behördennetz)

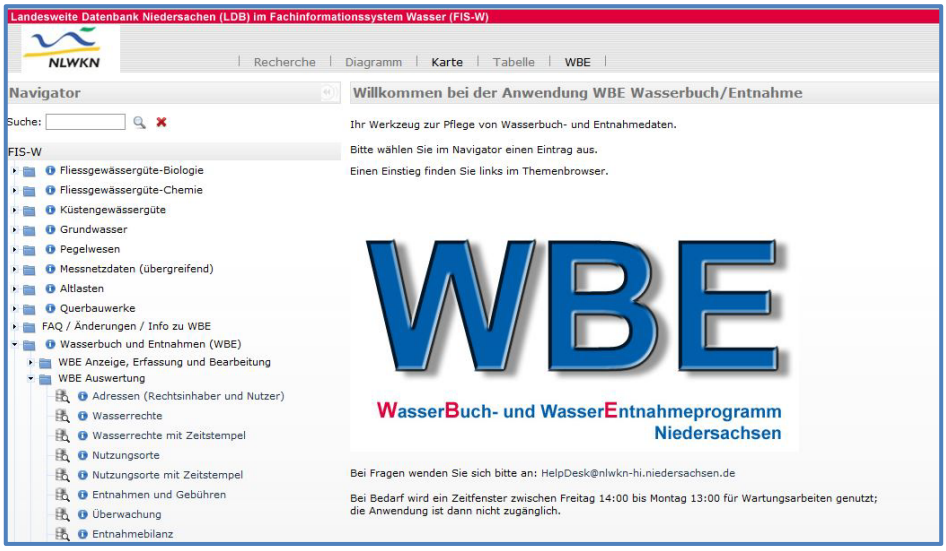


Abbildung 2: Startseite des WBE-Portals innerhalb der LDB

Hier kann zwischen einer Webversion (Cadenza Web) und einer komfortableren Desktopversion (Cadenza Pro) gewählt werden. Der Unterschied besteht lediglich im Bedienkomfort. Die WebVersion wird zusätzlich von den Unteren Wasserbehörden genutzt, um die unten beschriebenen WBE-Daten einzupflegen. Der Datenpool ist identisch und besteht derzeit aus Daten folgender Fachbereiche, die kontinuierlich erweitert werden:

- Grundwasserstand und -güte
- Pegelwesen (Wasserstand / Durchfluss)
- Fließgewässergüte Biologie
- Fließgewässergüte Chemie
- Deposition (Niederschlagsgüte)
- Einleiterüberwachung (AKN)
- Querbauwerke am Gewässer
- Überschwemmungsgebiete
- Wasserschutzgebiete
- Wasserbuchrechte und -entnahmen (WBE)

Die LDB beinhaltet neben den Messwerten in Form von über 800 Kenngrößen, unter anderem zu Wasserständen, -abflüssen und der Gewässergüte, auch Metainformationen zu den Messstellen wie zum Beispiel Lage, Höhe oder Zuständigkeiten.

Wasserbuchrechte und -entnahmen (WBE)

Die WBE-Daten haben eine Sonderrolle im Datenpool der LDB inne. Im Gegensatz zu den anderen Daten, liegt die Zuständigkeit der Datenerhebung und -pflege nicht beim NLWKN sondern bei den Unteren Wasserbehörden.

Im Wasserbuch werden Wasserrechte und wasserrechtliche Maßnahmen erfasst. Der Zugang erfolgt passwortabhängig über das Landesnetz der LDB (CadenzaWeb). Das Modul WBE (siehe Abbildung 2) dient neben der Erfassung der Wasserbucheinträge auch der Erfassung von tatsächlichen Entnahmemengen und der Berechnung der Wasserentnahmegebühr (WEG). Dazu stehen neben den Funktionen zur Verwaltung von Wasserbucheinträgen und Entnahmen auch verschiedene Auswertungen zur Verfügung, zum Beispiel als Kartendarstellung (siehe Abbildung 3) oder als Wasserbuchblatt.

Abbildung 3: Gebietsbezogene Datenauswahl in WBE

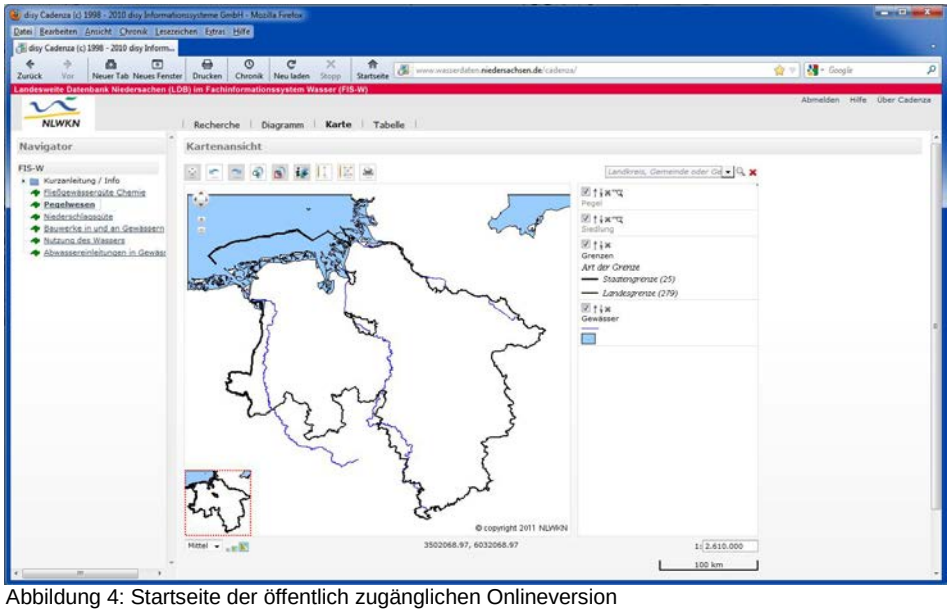


Abbildung 4: Startseite der öffentlich zugänglichen Onlineversion

Wasserdaten für die Öffentlichkeit
Mit der Landesdatenbank stehen jedem Bürger weitreichende wasserwirtschaftliche Informationen und Daten zur Verfügung. Diese können von jedem Internetzugang weltweit abgerufen werden:

http://www.wasserdaten.niedersachsen.de/cadenza

Der Datenzugriff erfolgt über die Auswahl eines Fachthemas (siehe Abbildung 4, linke Menüauswahl). Nun hat man die Wahl zwischen zwei Auswahlmöglichkeiten: die geographische Einschränkung durch Eingabe eines Ortes oder Gewässers in dem Suchmenü (Abbildung 4 oben rechts) oder durch Zoomen auf das gewünschte Gebiet mit direkter Auswahl einer der in der Karte dargestellten Messstellen (siehe Abbildung 5). Durch Auswahl von Jahr und Parameter lassen sich die Ergebnisse individuell zusammenstellen und schnell und komfortabel als Tabelle (siehe Abbildung 6) oder Diagramm ausgeben. Die Ergebnisse lassen sich im Excelformat abspeichern oder weiterverarbeiten. Des Weiteren lassen sich auch hier zu jeder Messstelle Metainformationen abrufen.

Im öffentlich zugänglichen Portal stehen aktuell folgende Daten zur Verfügung und werden in Kürze unter anderem um Daten zu Grundwasserstand und Grundwassergüte sowie Fließgewässergüte Biologie ergänzt.

- Pegelwesen
- Fließgewässergüte Chemie
- Deposition (Niederschlagsgüte)
- Einleiterüberwachung (AKN)
- Querbauwerke am Gewässer
- Wasserbuchrechte und -entnahmen (WBE)
- Grundwasserstand und -güte
- Fließgewässergüte Biologie

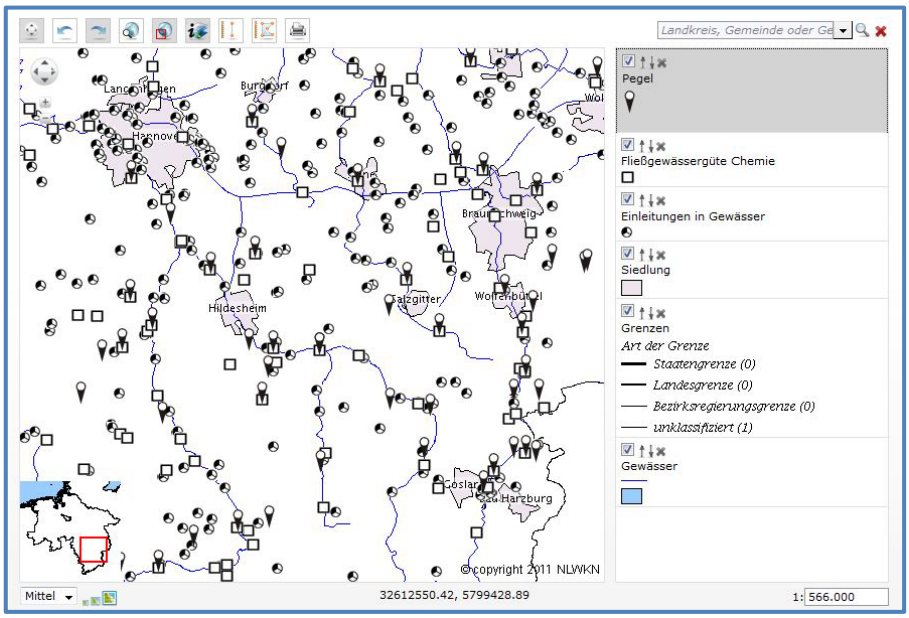


Abbildung 5: Kartendarstellung nach Auswahl des Fachthemas

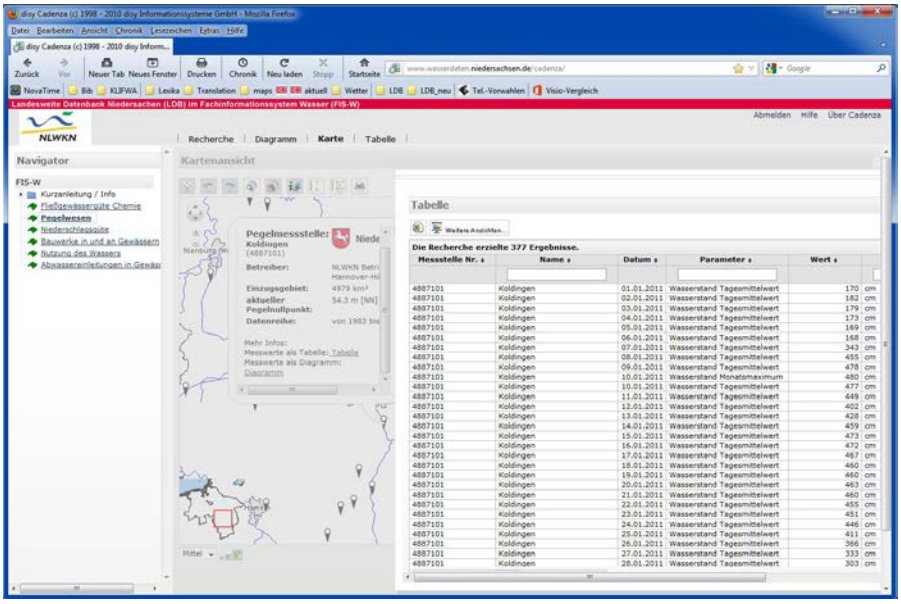


Abbildung 6: Tabellarische Darstellung des Abfrageergebnisses

Fazit
Die Zugriffsstatistik belegt das große Interesse der Bürger an wasserwirtschaftlichen Daten. Dies betrifft neben Wasserständen und -durchflüssen vor allem die Themen Gewässergüte und Einleitungen.

Mit der Landesdatenbank gibt der NLWKN den Facheinrichtungen von Land und Kommunen als auch der Öffentlichkeit eine Fülle von Informationen und ein geeignetes Werkzeug zur Datenrecherche und -auswertung an die Hand. Durch den zweisäuligen Aufbau werden einerseits Behörden in die Lage versetzt, landesweite wasserwirtschaftliche Auswertungen zu erstellen, andererseits erhält der Bürger die Möglichkeit, sich umfassend und detailliert über die wasserwirtschaftlichen Gegebenheiten am Wohnort zu informieren.

Die Landesdatenbank bietet somit einen wertvollen Beitrag zur Auseinandersetzung der Öffentlichkeit mit wasserwirtschaftlichen Fragestellungen.

Impressum

Herausgeber
Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz |
Am Sportplatz 23
26506 Norden

Redaktion:
Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz |
GB 3 Gewässerbewirtschaftung und Flussgebietsmanagement
Petra Heidebroek
Petra.Heidebroek@nlwkn-lg.niedersachsen.de
Gestaltung:
Heidrun Monkenbusch-Leifeld, designPunkt
Bettina Kuckluck, NLWKN Betriebsstelle Lüneburg

Fotos und Abbildungen: NLWKN

© 2013 NLWKN